

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen werden die Anzeigen und die Anzeigen die Anzeigen entgegen. — Einmal wöchentlich. — Preis pro Anzeiger Nr. 22.

Veröffentlichungen werden die Anzeigen und die Anzeigen die Anzeigen entgegen. — Einmal wöchentlich. — Preis pro Anzeiger Nr. 22.

Erzgebirge: Tagesblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 92

Mittwoch, den 20. April 1932

27. Jahrgang

Neues Stadium der Abrüstungskonferenz

Nur Schrittweise Abrüstung

Genf, 18. April. Mit der heutigen Sitzung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz sind die Arbeiten der Konferenz in ein wichtiges neues Stadium getreten. Der Verlauf der Sitzung, die den Charakter einer recht lebhaft geführten Debatte hatte, hat bereits gezeigt, daß die Konferenz aus dem Stadium der großen Reden nunmehr an dem Punkt angelangt ist, wo die konkreten prinzipiellen Fragen der Abrüstung zur Entscheidung gestellt werden. Gegenstand der heutigen Diskussion war die Frage, ob das Ziel der allgemeinen Abrüstung in einer einzigen Konferenz oder stufenweise erreicht werden soll. Die Konferenz hat, ohne daß bereits eine Abstimmung über diese prinzipielle Frage erfolgt, sich praktisch für die zweite Lösung ausgesprochen. Die Entscheidung, die hierüber von mehreren kleinen Staaten eingebracht worden ist, wurde einem Redaktionskomitee überwiesen, das sie unter Berücksichtigung der in der heutigen Debatte von verschiedenen Rednern gemachten Bemerkungen genauer prüfen und ihr eine Fassung zu geben hat, die ihre Annahme durch den Hauptauschuss der Konferenz ermöglicht.

Nachdem die Konferenz sich entschlossen hat, nicht den Weg sofortiger Radikalaktionen zu beschreiten, war es besonders wichtig, daß vom deutschen Standpunkt nochmals klar zum Ausdruck gebracht wurde, daß die stufenweise Lösung nicht zu einer Umkehrung und Verwässerung des Zieles der allgemeinen Abrüstung, wie sie im Artikel 8 des Völkerbundespatentes vorgesehen ist, führen darf. In diesem Sinne hat Vorkämpfer Radolny in seinen heutigen Ausführungen sehr stark wieder den Gedanken in den Vordergrund gestellt, daß das leitende Prinzip der künftigen Arbeiten nicht die Begrenzung, sondern die Herabsetzung der Rüstungen sein müsse. Eine gewisse Anerkennung dieser Forderung bedeutete, wenn in der erwähnten Entscheidung das Wort „Begrenzung“ der Rüstungen nicht vorkommt. Es ist auch viel bemerkt worden, daß in der heutigen Debatte alle Redner nur mehr von einer Herabsetzung gesprochen haben. Der deutsche Vertreter hat seinen Zweifel darüber gelassen, daß die deutsche Regierung es lieber gesehen hätte, wenn die Konferenz sich dafür entschieden hätte, schon jetzt mit einem Schlag das Endziel der allgemeinen Abrüstung zu verwirklichen. Da diese Lösung bei der Fassung des Artikels 8 des Völkerbundespatentes und der schon erwähnten Beschlüsse der Völkerbundsversammlung nicht möglich ist, ist es umso notwendiger, daß, wie Vorkämpfer Radolny sehr entschieden betonte, schon die erste Etappe eine sehr beträchtliche Herabsetzung des gegenwärtigen Rüstungsstandes bringe, daß die weiteren Etappen möglichst kurz auf einander zu folgen haben und daß das Endziel der allgemeinen Abrüstung möglichst schnell erreicht wird.

Der deutsche Standpunkt

Genf, 18. April. Der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz hat heute vormittag seine Beratungen über Artikel 1 des Konventionenentwurfes fortgesetzt, und zwar durch eine Aussprache über die Frage, ob das Konferenzziel in einer einzigen Konferenz erreicht oder in Etappen verwirklicht werden soll. Der Präsident Henderson erklärte, daß bei dieser Gelegenheit auch der deutsche Antrag über den Grundlag der Rüstungsherabsetzung auf ein möglichst niedriges Niveau erörtert werden könne. Als erster Redner ergriß der deutsche Vertreter, Vorkämpfer Radolny, das Wort, um die erwähnte Forderung Deutschlands einer effektiven Herabsetzung der Rüstungen auf einen möglichst niedrigen Stand ausführlich zu begründen. Radolny erklärte, daß in den deutschen Vorschlägen die Methoden zur wirksamen Erreichung dieses niedrigeren Standes aufgestellt worden seien. Deutschland gehe davon aus, daß ein wirksamer entscheidender Schritt in Richtung in der Abrüstung gemacht werden müsse. Eine unbedeutende oder nur scheinbare Abrüstung oder eine Stabilisierung der Rüstungen bei dem jetzigen Stande könne in keiner Weise als Erfüllung der Konferenzaufgabe betrachtet werden. Schon die schwere Finanzkrise, unter der alle leben, müßte an sich ein ausreichender Grund sein für eine möglichst weitgehende Herabsetzung des allgemeinen Rüstungsstandes. Deutschland würde es auf alle Fälle vorziehen, wenn die Konferenz sich einigen Wünte, um ihr Ziel in einem Zuge zu erreichen. Im anderen Falle würde es jedenfalls notwendig, nicht nur die erste Etappe, sondern auch die folgende sowie das Endziel festzusetzen. Doch die Zeiträume müßten so klein wie möglich sein, und vor allem müßte schon die erste Etappe eine beträchtliche Herabsetzung bringen. Radolny erwähnte die deutsche Abrüstung als Beispiel dafür, bis zu welchem Grade man in kurzer Zeit abrücken könne. Im Hinblick auf die in der letzten Woche insbesondere von peripherer Seite gemachten Vorbehalte wegen des jetzt schon ungenügenden Rüstungsstandes gewisser Länder erklärte der deutsche Vertreter, daß eine mechanische Herabsetzung und ein Vergleich auf das in Artikel 8 des Völkerbundespatentes vorgesehene Mindestmaß natürlich nicht in Frage kommt. Deshalb könne Deutschland auch das rein mechanische Reduktionsprinzip der russischen Vorschläge nicht annehmen. Der russische Grundgedanke, daß die stark gerüsteten Staaten stärker abzurücken müßten als die schwachen, sei aber vollkommen richtig, und es würde sich empfehlen, zur Verwirklichung dieses Grundgedankes die russischen und die türkischen Vorschläge zu verbinden.

Ein tschechoslowakischer Entschließungsentwurf

Genf, 18. April. Nach der Rede des deutschen Vertreters legte der tschechoslowakische Delegierte hier-

inger gleichzeitig im Namen der belgischen, dänischen, spanischen, estnischen, norwegischen und uruguayischen Delegationen einen Entschließungsentwurf über die stufenweise Erreichung des Konferenzzieles vor, der folgenden Wortlaut hat: Der Hauptauschuss glaubt, daß die Herabsetzung der Rüstungen, wie im Artikel 8 der Völkerbundsatzung vorgesehen, nur stufenweise und mit Hilfe einer Reihe von Revisionen, die möglichst nahe auf einander folgen sollen, voll verwirklicht werden kann.

Der deutsche Vertreter erklärte, daß dieser Entwurf der deutschen Auffassung nur unvollkommen Rechnung trage, während der russische Vertreter Stalinow die Erreichung der Völkerbundsatzung als unannehmbar für die Nichtmittgliedsstaaten bezeichnet und eine Ergänzung durch den Hinweis auf die Notwendigkeit einer „substantiellen Herabsetzung im ersten Stadium“ verlangte. Auch der englische Außenminister erklärte, es komme auf das erste Stadium an, und die in der Entscheidung vorgesehenen Etappen dürften kein Vorwand zur Verhinderung sein. Der französische Delegierte Paul Boncour, der sich für die Entscheidung erklärte, legte besonderen Wert auf die Erwähnung des Artikels 8, durch den die Verwirklichung der Sicherheits- und der sonstigen Verhältnisse der einzelnen Länder gewährleistet sei.

Eine Beschlusfassung ist erst für morgen zu erwarten.

Genf, 18. April. Der vom Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz eingesetzte Redaktionsauschuss hat dem heute vormittag eingebrachten tschechoslowakischen Antrag eine Fassung gegeben, die das Konferenzziel wesentlich genauer bestimmt. In der neuen Fassung wird gesagt, daß das Konferenzziel schrittweise erreicht werden soll, nachdem die gegenwärtige Konferenz eine entscheidende Etappe für die allgemeine Abrüstungs-herabsetzung auf das niedrigste mögliche Niveau herbeigeführt habe. Dieser Entwurf, der morgen ohne weiteres angenommen werden dürfte, trägt demnach den Hauptgedanken der russischen, die Vorkämpfer Radolny heute vormittag geltend gemacht hat.

So weit das Genfer Telegramm. Es wäre überflüssig, leugnen zu wollen, daß mit der praktisch schon gefallenen Entscheidung für die „stufenweise Herabsetzung“ der Rüstungen das eigentliche Ziel der tatsächlichen fühlbaren Abrüstung sehr bedroht erscheint. Bringt die erste Etappe nur eine sehr mäßige Verminderung der Rüstungen, so kann man das ja mit der Behauptung und Verdrängung, daß bald weitere Etappen folgen würden, beschönigen! Soll die ganze Methode überhaupt für Deutschland annehmbar sein, so muß eben diese erste Etappe ganz deutlich zeigen, daß mit ihr ein großer Schritt zur wirklichen Abrüstung getan wird — sonst ist für Deutschland kein Platz mehr bei dieser Abrüstungskonferenz.

Genfer Entschließungsentwürfe zur Frage der Räumung Schanghai

Genf, 18. April. Der Neuzugewinner-Ausschuss der außerordentlichen Völkerbundsversammlung hat sich heute nachmittag wiederum mit den Schanghai Waffenstillstandsverhandlungen beschäftigt und versucht, die am Sonnabend gefundene grundsätzliche Linie, wonach die in Schanghai zu schaffende gemischte Waffenstillstandskommission eine gewisse Kontrolle über die Durchführung und Beendigung der Räumung ausüben soll, in die Form einer Entschließung zu kleiden. Es lag ein Entschließungsentwurf des Präsidenten vor, dem, da er allgemein für ungenügend gehalten wurde, der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš einen weitergehenden Entwurf gegenüberstellte. Ueber die Verschmelzung der beiden Texte war eine Einigung heute nicht zu erzielen.

Die Abrüstungsentschließung angenommen

Genf, 19. April. Im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz wurde heute vormittag die gestern von einem Redaktionskomitee eingereichte Entschließung über stufenmäßige Abrüstung und die Notwendigkeit eines ersten entscheidenden Schrittes zur Herabsetzung der Rüstungen auf den niedrigsten Stand angenommen.

Besprechungen des Reichskanzlers

Genf, 18. April. Reichskanzler Dr. Brüning hat heute vormittag den dänischen Außenminister Münch empfangen. Im Anschluß hieran empfing der Reichskanzler den britischen Außenminister Sir John Simon. Heute

nachmittag wird Dr. Brüning dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, einen Besuch abstaten.

Genf, 18. April. Reichskanzler Dr. Brüning hatte heute abend eine längere Unterredung mit Grandi. Die Besprechung diente ebenso wie die heutige Unterredung mit Sir John Simon der ersten Fühlungnahme der Staatsmänner für die Behandlung der zur Debatte stehenden großen internationalen Fragen. — Im Laufe des Nachmittags hat der Reichskanzler Henderson einen Besuch abgestattet. — Die Besprechungen des Reichskanzlers werden morgen fortgesetzt. Der ungarische Außenminister Dr. Wais hat sich für morgen bei Dr. Brüning angemeldet.

Polizeiliche Aktion gegen Kommunisten in ganz Preußen

Berlin, 19. April. Wie wir von zuständigen Stellen erfahren, ist in ganz Preußen eine polizeiliche Aktion gegen kommunistische Funktionäre angeordnet worden, die seit heute früh bereits durchgeführt wird.

Der Brief des Reichspräsidenten und der Groener-Artikel

Berlin, 18. April. Zu den Presseerörterungen, die an den Brief des Reichspräsidenten an Reichsminister Groener sowie an den Artikel Groeners geknüpft worden sind, erfahren wir aus Kreisen des Reichsinnenministeriums: Der Artikel war bereits fertiggestellt, ehe der Minister vom dem Brief des Reichspräsidenten Kenntnis bekommen hatte. Alle anderen Kombinationen in der Presse sind unzutreffend. Im übrigen erörtert der Artikel ja auch eine ganze Reihe von Fragen, die nicht unmittelbar mit dem Schreiben des Reichspräsidenten in Zusammenhang stehen, so daß die Behauptungen, er enthalte eine Präjudizierung der Stellungnahme des Ministers, völlig abwegig sind.

Wenn in der Presse mit Bezugnahme auf das Schreiben des Reichspräsidenten weiter behauptet wird, der Reichspräsident habe das Verbot des Reichsbankens verlangt, so steht dies nach Auffassung der zuständigen Kreise des Reichsinnenministeriums völlig im Widerspruch zu dem klaren Wortlaut des Briefes. Das in dem Schreiben erwähnte Material ist dem Reichsinnenministerium zum Teil bereits am Sonnabendnachmittag, zum Teil aber erst heute früh zugegangen. Die Durchsicht und Prüfung des Materials wird so beschleunigt erfolgen, wie es nur irgend möglich ist.

Reichsbank am 15. April

Berlin, 18. April. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. April 1932 hat sich in der zweiten Wochenscheine die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 151,7 Millionen auf 348,6 Millionen RM verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 150 Mill. auf 302,8 Mill. RM, die Reichsschatzwechsel um 0,4 Mill. auf 3,8 Mill. RM und die Lombardbestände um 1,8 Mill. auf 99,1 Mill. RM abgenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 89 Mill. RM in die Kassen der Reichsbank zurückgefloßen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 85,8 Mill. auf 4000,4 Mill. RM, derjenige an Rentenbankscheinen um 8,7 Mill. auf 402,6 Mill. RM verringert. Dementprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 24,6 Mill. RM erhöht. Die fremden Gelder setzen sich mit 384,4 Mill. RM eine Zunahme um 14,9 Mill. RM.

Die Bestände an Geld und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 32,7 Mill. auf 987,6 Mill. RM vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 19 Mill. auf 859,8 Mill. RM und die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 18,7 Mill. auf 128 Mill. abgenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen beträgt 24,7 Prozent gegen 25 Prozent in der Vorwoche.

Kulturpolitische Erklärungen der Parteien

Die Antworten an den Reichsleiterbund
Berlin, 18. April. Der evangelische Reichsleiterbund hat bekanntlich den politischen Parteien in Preußen seine Wahlforderungen unterbreitet, die u. a. die volle Gleichberechtigung der